

Grundlagen des Reichsbürger-Denkens

Der Szene der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ liegt keine in sich geschlossene Ideologie zugrunde. Auch beruft sich keinesfalls jeder Angehörige der Szene bei seinen Aktivitäten auf das „Deutsche Reich“ oder sieht sich selbst als „Reichsbürger“. Allerdings existiert eine Art kleinster gemeinsamer Nenner, den alle Anhänger dieser Szene teilen:

„Reichsbürger und Selbstverwalter“ wollen keine Angehörigen der Bundesrepublik Deutschland sein!

Sie sprechen dem Staat, seinen Gesetzen und insbesondere seinen Vertretern jegliche Legitimation ab, „treten aus der BRD-GmbH aus“ oder gründen mitunter eigene Fantasie-Reiche, als deren Repräsentanten sie dann als „Minister“, „Präsident“ oder „Kanzler“ auftreten.

In ihren pseudo-juristischen Argumentationen versuchen „Reichsbürger und Selbstverwalter“ die von ihnen behauptete Illegitimität der Bundesrepublik Deutschland damit zu begründen, dass ein „Deutsches Reich“ fortbestehen würde. Die dafür herangezogenen Begründungen basieren auf der willkürlichen Interpretation von Artikeln des Grundgesetzes, von internationalen Verträgen oder auch Aussagen des Bundesverfassungsgerichtes. Sie münden dann in Behauptungen, nach denen Deutschland nach dem Ende des 2. Weltkrieges keinen wirksamen Friedensvertrag geschlossen habe, dass „die BRD lediglich ein Konstrukt der Alliierten“ sei, die Deutsch-

land zudem immer noch besetzen würden und diese Besetzung zudem dazu führe, dass nicht das „ungültige“ Grundgesetz, sondern „Reichsverfassungen“ oder etwa die Haager Landkriegsordnung anzuwenden seien.

Aus dieser ideologischen Gemengelage speist sich die Mehrheit der von der Szene entfalteten Aktivitäten. In den meisten Fällen zielt das Handeln von „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“ darauf ab, bei Behörden größtmögliche Verwirrung zu stiften und staatliche Stellen vom rechtlich gebotenen Handeln abzuhalten. Nahziel ist nicht selten die Vermeidung von Steuer- oder Bußgeldzahlungen. Verzögerungen bei der Durchsetzung staatlichen Handelns bestärken „Reichsbürger und Selbstverwalter“ in ihrer Auffassung im Recht zu sein, und sind ein nicht zu unterschätzendes Argument bei der Suche nach neuen Anhängern.

Die heterogene Szene der Reichsbürger

Als mindestens ebenso unübersichtlich wie die ideologischen Grundlagen des Reichsbürger-Denkens stellen sich die Anhänger dieser Bewegung dar. Neben einer Vielzahl von Einzelakteuren, die nicht in übergeordnete Strukturen eingebunden sind, existieren diverse Kleingruppen, virtuelle Netzwerke, aber auch überregional aktive Personenzusammenschlüsse. Zu letzteren gehören u. a. die auch in Berlin aktiven „Freistaat Preußen“, „Amt für Menschenrechte“, „Die Exilregierung Deutsches Reich“ und „Staatenlos.info“.

Viele Anhänger der Szene agieren allerdings ohne organisatorischen Anschluss und verfolgen vor allem das Ziel, sich vom Staat „loszusagen“ und sich und ihr komplettes Leben „selbst zu verwalten“. Ihr Denken und Handeln ähnelt dabei einem in den USA schon länger unter dem Begriff der „sovereign citizens“ bekannten Phänomen.

Die Vielschichtigkeit der Reichsbürger- und Selbstverwalterzene entspringt auch den unterschiedlichen Motiven, aus denen heraus sich Menschen dieser Bewegung anschließen. Hier findet sich neben finanziellen Interes-

sen, Geltungssucht, psychischen Auffälligkeiten, auch ein Gefühl des wirtschaftlich und sozial Abgehängt-Seins. Darüber hinaus sind aber auch gefestigte Rechtsextremisten, deren Kampf gegen den Staat einer neonazistischen und insbesondere antisemitischen Gesinnung entspringt, Teil der Reichsbürgerszene.

Rechtsextremismus - Ursprung der Reichsbürgerideologie



„Reichsbürger“ in rechtsextremistischen Kreisen sind dem Verfassungsschutz bereits länger bekannt. Revisio-nistische und antisemitische Ansichten bilden dabei den Nährboden für die Idee von der „Illegitimität“ der Bundesrepublik, die das zentrale Element der Reichsbürger-ideologie darstellt. In der Vorstellung rechtsextremistischer Reichsbürger spielen vor allem die Forderung nach der Wiederherstellung des „Deutschen Reiches“ in nationalsozialistischem Verständnis („Gebietsrevisionismus“) und der Kampf gegen ein nahezu allmächtig und global agierendes „Weltjudentum“ besondere Rollen. Einer der ersten und prominentesten Vertreter der rechtsextremistischen Reichsbürger war Horst Mahler.

Gefährlichkeit der Reichsbürger-Szene

Neben ideologischen und teilweise auch personellen Schnittmengen mit der rechtsextremistischen Szene ist es vor allem die grundsätzliche und rigorose Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und all



ihrer Repräsentanten, aus der sich die von Reichsbürgern ausgehende Gefahr speist.

„Reichsbürger und Selbstverwalter“ sehen sich selbst in einer Auseinandersetzung mit einem von ihnen als illegitim empfundenen System, das es mit allen Mitteln zu bekämpfen gilt. Jede noch so kleine behördliche Entscheidung kann sich für „Reichsbürger und Selbstverwalter“ zu einem grundsätzlichen Kampf entwickeln, in dem sie sich unter Umständen mit Gewalt zur Wehr setzen zu müssen glauben.



Deutsches Reich
Freistaat Preußen
Weltnetzseite
vom Aufwärtigen Amt

Viele „Reichsbürger und Selbstverwalter“ leben in einer Blase von aus dem Internet zusammengesuchten Verschwörungstheorien. Oft fehlt es ihnen an anderweitigen sozialen Kontakten, was zu einer Verfestigung ihrer eigenen „Realität“ führen kann. Die damit einhergehende Irrationalität ihrer Aussagen und ihres Verhaltens erschwert es enorm, mit „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“ in einen sachlichen Dialog zu treten. Ihr grundsätzlich konfrontatives Auftreten verschärft zudem Konflikte und führt regelmäßig zu deren Eskalation.

Der Umgang mit Reichsbürgern

Von zentraler Bedeutung beim Umgang mit „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“ ist die Erkenntnis, dass Dialoge bzw. Auseinandersetzungen von Reichsbürgern nie auf eine konsensuale Lösung ausgerichtet sind. Die Dialoge an sich - bei denen es sich nicht selten um Monologe der Reichsbürger handelt – sind der Erfolg, nicht deren

Ergebnisse. „Reichsbürger und Selbstverwalter“ nehmen die gesellschaftliche Realität komplett anders wahr als ihre Gegenüber und sie - und NUR sie - kennen die Wahrheit und haben Gewissheit darüber.

Vor diesem Hintergrund gilt für den Umgang mit „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“:

Führen Sie keine inhaltlichen Diskussionen.

Unterbrechen Sie die Einlassungen der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ und wiederholen Sie erforderlichenfalls mehrfach Ihren aktuellen Handlungsauftrag.

Behandeln Sie „Reichsbürger und Selbstverwalter“ nicht anders als andere Menschen / Bürger / Kunden (Vorzugsbehandlung oder die Verweisung an Vorgesetzte bestärken „Reichsbürger und Selbstverwalter“ nur).

Lassen Sie sich vom Auftreten der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ nicht einschüchtern (ihre „Argumente“ sind haltlos); drohen Sie Konsequenzen an und setzen Sie diese auch um.

Zeigen Sie Straftaten durch „Reichsbürger und Selbstverwalter“ konsequent an. Leiten Sie Ihnen bekannt gewordene Informationen über „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ an die Verfassungsschutzbehörde weiter.

Reichsbürger und Selbstverwalter

**Verfassungsfeinde
im Kampf mit der Demokratie**

INFOFLYER

